

KSK

Drastisches Votum der Opposition

Schwere Kritik an der Bundesregierung und am Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr üben FDP, Grüne und Linke in ihren vertraulichen Minderheiten-Schlussberichten des KSK-Untersuchungsausschusses. Dieser ging von November 2006 an vor allem Vorwürfen des ehemaligen Guantanamo-Häftlings Murat Kurnaz aus Bremen nach, er sei in einem Gefangenenlager im afghanischen Kandahar von zwei KSK-Soldaten misshandelt worden.

„Nach der Beweisaufnahme spricht alles dafür, dass Herr Kurnaz tatsächlich von Soldaten des KSK misshandelt worden ist“, stellt die Linke fest. Auch die FDP hält Kurnaz' Schilderungen vor dem Ausschuss für „glaubwürdig“ – sie hätten „weder zweifelsfrei bestätigt noch umfassend entkräftet werden können“. Innenpolitisch brisant ist auch der Befund, die damalige rot-grüne Bundesregierung, nämlich das Verteidigungsministerium, habe bereits am 10. Januar 2002 von der Funktion des Lagers „als Durchgangsstation nach Guantanamo gewusst“. Dennoch hätten KSK-Kräfte an internationalen Militäreinsätzen mitgewirkt, bei denen Gefangene gemacht wurden, die nach Guantanamo gebracht worden seien. Dies, so FDP-Wehrexpertin Elke Hoff, passe „nicht mit



KSK-Soldaten (bei einer Übung auf Sardinien)

der damals medienwirksam inszenierten Politik der wertorientierten Friedensmacht Deutschland zusammen und verletzt die rechtsstaatlichen Standards“. Fraktionsübergreifend kritisieren die Oppositionsparteien die mangelnde Kooperation der Regierung und das Verhalten der KSK-Soldaten vor dem Ausschuss. Es sei „kein aktiver Aufklärungswille erkennbar“ gewesen, moniert die FDP, die Grünen erinnern an die „Verschleppungsverfahren“ im Verteidigungsministerium – Unterlagen waren „versehentlich“ vernichtet worden, andere tauchten plötzlich und verspätet wieder auf. Zudem, so der Verteidigungsexperte der Grünen Winfried Nachtwei, „hatten wir den Eindruck, dass Aussagen der KSK-Soldaten abgesprochen waren“.



Österreichische Rinder

LANDWIRTSCHAFT

Leichtfertiger Umgang mit Rinder-Tuberkulose

Deutsche Behörden und die EU verlangen Aufklärung über den leichtfertigen Umgang mit Fällen von Rinder-Tuberkulose (TB) in Österreich. In Tirol waren in den vergangenen Monaten in mehr als zehn Betrieben Rinder mit dem TB-Erreger entdeckt worden. Doch offenbar hielten sich die Behörden nicht an die stren-

gen EU-Richtlinien zur Bekämpfung dieser Infektion: Sie ließen Milch und Milchprodukte nicht wie vorgeschrieben vom Markt nehmen. Zudem testeten sie die Rinder nicht hinreichend, bevor sie in die Schlachthöfe gelangten. Michael Schönbauer, ehemaliger Leiter der Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchung in Innsbruck, befürchtet, dass weitere der auch für Menschen gefährlichen Erreger in die Nahrung gelangt sein könnten: „Allein die Ultraerhitzung der Milch

bietet sichere Gewähr dafür, dass der Erreger getötet wurde.“ Es gebe jedoch keinen Hinweis darauf, dass dies gemacht worden sei. In Folge des laschen Umgangs kamen zudem infizierte Rinder in bayerische Schlachthöfe. Die EU ist alarmiert, da Österreichs Rinderbestand bisher als 100-prozentig tuberkulosefrei galt. Tuberkulose ist eine der gefährlichsten Infektionskrankheiten. 2006 steckten sich 5402 Deutsche an. Die Krankheit verläuft oft tödlich, weil viele Bakterienstämme gegen die gängigen Medikamente resistent sind.

JUSOS

Launiges Geständnis

Ein Video vom Juso-Bundeskongress 2007 in Wolfsburg, das auf der Internet-Plattform YouTube zu sehen ist, sorgt für Unruhe in der SPD. Der Clip dokumentiert Auszüge einer Rede des ehemals stellvertretenden Juso-Bundvorsitzenden Christian Reinke, der über Wahlbetrug der SPD-Nachwuchsorganisation in den neunziger Jahren schwadroniert. Schon bei seiner ersten Nominierung als Delegierter für den Bundeskongress 1991 habe die „Mandatsprüfungs- und Zählkommission ... ein bisschen nachgeholfen“. Reinke wörtlich: „Das Ergebnis war, dass ich Delegierter des Bundeskongresses war aufgrund eines Wahlbetrugs.“ Das Publikum reagierte mit Gejohle. Auch Reinke's Eingeständnis einer Manipulation beim Juso-Bundeskongress 1995 in Gera wurde mit Heiterkeit quittiert. Damals hätten Nachwuchs-Sozis betrogen, als sie nicht durch Wahlen legitimierte Ersatzdelegierte ins Rennen schickten. Auch die Juso-Truppe aus Mecklenburg-Vorpommern habe eine nicht gewählte Delegierte nachgemeldet und so ebenfalls „zu den Betrügnern dieses Bundeskongresses gehört“. Reinke ist heute Wahlkreismitarbeiter des Rostocker SPD-Landtagsabgeordneten Mathias Brodkorb.